

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 34 (1944)
Heft: 8

Artikel: Politische Rundschau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-635496>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Neues Wirtschaftsdenken

-an- Wir werden darum nicht herunkommen, um das neue Wirtschaftsdenken nämlich. Wobei man gewisse Elemente des *alten* Denkens, die nie veralten werden, mit in die neue Zeit hinüber nehmen wird, um sich nicht in gewissen Irrtümern zu verlieren. Die Verantwortung des Einzelnen für die ihm übertragene Arbeit, seine Belastung mit dem Risiko, welche uns sichern muss vor Parasiten, die auf Kosten der Fleissigen leben, die Sicherheit, dass ein lebendiger Geist, der neue Wege weist, auch künftig sich entfalten kann, all dies sind Selbstverständlichkeiten, ohne die keine Wirtschaft aufblühen kann.

Aber es gibt auch Neues zu lernen. Wer dies bezweifeln wollte, würde beweisen, dass er in den letzten Jahren nichts gelernt habe. Und auch nichts aus den vorletzten, das heisst aus jenen Krisenjahren, welche ja erst auf dem Boden einer falsch funktionierenden Wirtschaft die gefährlichen politischen Systeme züchteten, denen wir zuletzt den Zusammenbruch im Kriege verdanken. Sagen wir nicht, wir Schweizer hätten keinen Ausweg in Faschismus und Krieg gesucht und seien darum nicht verpflichtet, Neues zu lernen. Was wir in der Krise der Zwanzigerjahre und jener von Anno 1929 bis 1936 erlebt, fällt gewiss nicht nur auf das «Konto Weltwirtschaft».

Der Schriften und Vorträge, in welchen das Thema «Nachkriegszeit» und was in ihr zu geschehen habe, behandelt werden, sind kein Ende. Wer sie aber verfolgt, muss mit Bedauern feststellen, dass auch heute noch die Ansichten über das Notwendige weit auseinandergehen. Neben jenen, die *vor allem auf den Export hoffen*, «weil dadurch Geld hereingeholt werden kann», stehen andere, die *Arbeit, koste es was es wolle*, verlangen, getreu einem Bundesratswort aus dem Jahre 1939 oder 1940, daneben wieder jene, die uns sagen, es *genüge nicht, wenn der Staat Arbeit beschaffe*, Geld dreinstecke und sich verschulde, *wenn daneben die gesamte nicht staatliche Wirtschaft sieche*. Wir finden diese Ueberlegung ausserordentlich wichtig, und die Folgerung, dass man die «Entfesselung des Konsums» versuchen müsse, ergibt sich von selbst.

Stellen wir als das Wichtigste fest: Die *«Sicherung der schweizerischen Landwirtschaft» ist bundesrätlicher Programmpunkt*, und der Grundsatz, dass sie gesichert werden müsse, steht *anerkanntermassen vor jeder Erwägung*, «ob es auch rentiere». Hierin, so kommt uns vor, liege überhaupt der Kernpunkt eines neuen Wirtschaftsdenkens. Das Komische an der Behandlung des ganzen

Fragenkomplexes liegt nämlich darin, dass gewisse Leute nicht sehen, was einem direkt in die Augen springt: *Dass nur eines nicht rentiert*, nämlich das Zugrundegehenlassen von Wirtschaftszweigen und Berufsständen. Wir dürfen die Hauptabnehmer unserer Produktion, die breiten Volksmassen, in ihrer Kaufkraft nicht absacken lassen, nicht Bauernstand, nicht Arbeiter. Alles weitere ist «zusätzlich». Ausgaben, welche die Kaufkraft dieser Massen sichern und heben, machen sich für alle, die sie bezahlen müssen, bezahlt. Wirklich bezahlt!

Vor Dambrüchen?

Kommen Dambrüche, militärische und politische, und bedingen sie einander? Wir registrieren eine *Verschärfung der Moskauer Stimmung gegen Polen und Finnland*. Die offiziellen Zeitungen des Kreml lassen keinen Zweifel übrig, wie weit Stalin gehen wird, sobald die Zeit es ihm erlaubt. Das heisst, sobald er auf den Schlachtfeldern die nahenden Grosseerfolge reifen sieht. Das ist nur logisch: Solange die Russen rechnen müssen, den schwer angeschlagenen Gegner nicht aus eigenen Kräften endgültig werfen zu können, halten sie mit den Klärungen ihrer Absichten auf territorialem und wirtschaftlichem Gebiete zurück. Stehen die Dinge aber günstiger, dann darf man mehr wagen.

Es begann damit, dass die Moskauer Presse einen Vorwurf nach dem andern *gegen die Exilregierung Polens in London erhob*. Die Organisation des Widerstandes gegen die Deutschen wird als «Spionagenetz zugunsten der Deutschen» bezeichnet. Ja, es wird behauptet, jene Regierung betreibe durch ihre unterirdischen Organe «Sabotage gegen die Russen und die eigenen Kommunisten»... Ob Moskau Beweise vorbringen wird, ist nicht die Hauptsache, denn in einem chaotisierten Lande lassen sich alle Dinge nachweisen und so oder anders deuten, und ebenso lässt sich bestreiten, was nachgewiesen wird. Zu verwundern braucht man sich nicht, wenn Moskau Recht behält. Nur wird man annehmen, dass zwar gegen die Russen, nicht aber zugunsten der Deutschen agitiert werde. Denn der Kampf zwischen dem heutigen offiziellen Polen und den Russen ist ein sozialer, und die Minister in London vertreten die bisher massgebende Gesellschaftsschicht, das heisst jene Schicht, auf deren Sturz die Russen gemeinsam mit der polnischen Opposition hinarbeiten.

Das *«polnische Befreiungskomitee»*, welches *um den 15. Februar herum in Moskau konstituiert* wurde, scheint durch die Zeitungskampagne des Kreml so etwas wie eine diplomatische Einführung ins politische Leben erfahren zu haben. Der Schritt zur Ausrufung einer Gegenregierung ist zu erwarten und wird kaum lange verschoben werden, wenn den Russen die militärische Unterlage für derlei Operationen auf politischem Boden gegeben scheint.

Die russische Verfassungsänderung, womit Stalin die Welt überraschte und die man nicht nur in der angelsächsischen Presse in Anführungszeichen setzte, gehört zu den vorbereitenden Schritten einer grossen politischen Offensive. Man denke — und man staune: Die sechzehn Sowjetrepubliken — so viele sind es heute — bekommen *das Recht, sich*



im Ausland diplomatisch vertreten zu lassen. Sie sollen eigene Territorialarmeen haben. Das heisst natürlich, dass hinter diesen Konsuln, Gesandten, Generälen und Armeen auch eigene Regierungen stehen. Diese Regierungen werden nicht erst neu konstituiert, sie existieren schon bisher im Schatten Moskaus. Am Grade ihrer Eigenbestimmung, ihrer faktischen Macht, wird man die Selbständigkeit auch ihrer Armeen und Diplomaten ablesen können. Bis zum Frühjahr 1944 wusste man allerdings mit Bestimmtheit über die Lage der autonomen Regierungen nur eines: Dass sie aus Mitgliedern der kommunistischen Partei bestehen, und dass diese Partei in Moskau ihre Direktiven zentral empfängt, wie Mitglieder eines Ordens von ihrem Grossmeister. Mag die Entwicklung sich mit der Zeit «demokratisieren», und mag ein echter Föderalismus die zentralistische Diktatur ablösen, heute misstrauen die regierenden Schichten in Estland, Lettland, Litauen, Polen und Finnland, welchen man in Moskau das schöne Bild einer autonomen Existenz ihrer Länder auf die Leinwand der Zukunft wirft, allen Versprechungen. Die Furcht aller Nicht-Proletarier und selbst jener Armen, die sich nach dem Schatten einer bürgerlich-demokratischen Staatlichkeit sehnen und die Glutitze eines diktatorischen Regimes fürchten, ist die überkommene Furcht aus der russischen Revolutionszeit, die Furcht vor den Ausrottungspraktiken gegen die widerstrebenden Anhänger einer andern als der kommunistischen — heute staatskapitalistischen — Ordnung. Die Begriffe Freiheit und Unabhängigkeit, so fürchten sie, würden von Moskau nur als Lockmittel gebraucht werden, und die Praxis würde ganz anders — und fürchterlich — sein.

Es gibt Optimisten, welche glauben, Moskau werde sich Finnland gegenüber mässigen und in weiser Vorsicht auf die Ratschläge der Briten und Amerikaner hören, auch wenn dies im Falle Polens nicht der Fall sei und den drei andern, dem geopfertem Lettland, Estland und Litauen gegenüber nicht in Frage komme. Finnland hat heute genug vom Kriege. Breite Massen verlangen von der Regierung, dass sie sich mit Moskau ins Einvernehmen setze und die Friedensbedingungen zu erfahren suche. *Paasikivi*, der Anno 1940 den Frieden mit Russland abschloss, ist in Stockholm eingetroffen. Die Abdankung des hauptsächlichsten Russlandgegners, des Sozialdemokraten *Tanner*, wird erwartet.

Die russische Taktik ist undurchsichtig, wenigstens für Leute, die noch nicht begriffen haben, mit welcher Konsequenz man in Stalins Kreise die gesteckten Ziele verfolgt. Dass sich Moskau mit *Petsamo* und den *Nickelgruben*, mit der Grenze von 1940 und «einigen Korrekturen» begnügen werde, vermuteten nur die unverbesslichen Optimisten. Man müsse dies leider sagen, wenn man sich nicht durch den spätern Gang der Ereignisse überraschen lassen wolle.

Die künftigen russischen Grenzen

Sind zweifellos das Problem, welches nicht nur die Nachbarn der Sowjetunion, sondern ebensowohl die Engländer beunruhigt. Wie wird sich dieses Problem auswachsen, wenn nicht nur im Norden, sondern auch im Süden definiert werden soll, wie weit das «eigentliche» und wie weit das «uneigentliche» Russland, das heisst seine Vasallenstaaten und seine Freunde, die es an seinen Grenzen haben will, zu gebieten haben? Die Alliierten, soweit sie auf ihre Ueberlieferung abstellen, erhoffen alles von der Mässigung grosser Staatsmänner und sprechen die Regierenden im Kreml als solche an. Nur wenige scharfe Kritiker — und unter Umständen auch die am Ruder sitzenden Eingeweihten, überlegen sich, dass ein siegreiches Russland darauf aus sein muss, einen sehr breiten Sicherheitskordon vor seine Ländermassen zu legen, und dass es alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden wird, um dieses Ziel zu erreichen. «Sicherheit» bedeutet den Herrschenden im Kreml aber die Aufrichtung von Staaten,

in welchem nicht ihre sogenannten «Klassenfeinde», das heisst die Verfechter eines andern als des russischen Systems, gebieten. Sicherheit heisst aber auch die Beseitigung jeder dominierenden Militärmacht und die Zertrümmerung aller wirtschaftlichen Grundlagen einer solchen.

Erst wenn dies alles überlegt wird, begreift man, warum in der Londoner Presse behauptet wird, die Russen verlangten für sich nicht nur die Buggrenze, sondern auch Ostpreussen bis Königsberg, das will sagen, einen eisfreien Ostseehafen, der mehr Entwicklung als Libau verspricht. Und warum allen Ernstes erwogen wird, den Polen als Entschädigung das südliche und westliche Ostpreussen, Westpreussen, Pommern bis Kolberg und das ganze oberschlesische Industrie- und Kohlengbiet zu überantworten. Die hier sitzenden Deutschen sollen auswandern — wer will, nach Russland, in Gebiete, die als eingegliederte deutsche Sowjetrepublik erklärt würden. Siehe deutsche Wolga-Republik. Dies, nachdem die Hitler-Regierung die 160 000 «ukrainischen Volksdeutschen» heimbefohlen hat!

Im «polnischen Befreiungskomitee» Moskaus, der Gegenregierung von morgen, sitzen Leute der Bauernpartei, der Sozialisten und der Arbeiterpartei. Diese drei werden heute als «Freunde» betrachtet. Als «Freund» wird auch die Regierung Benesch angesehen, mit welcher man einen Pakt abgeschlossen, der eine gemeinsame tschechisch-russische Grenze auf den Karpathen oder in den Waldbergen südlich davon vorsieht. Wer die These vertritt, die Russen würden auch andere als nur gerade kommunistische Nachbarregierungen dulden, kann die beiden Beispiele für sich anführen. Gestützt darauf hofft man auch, es werde den Finnen nicht «alles zugemutet». Möge man recht bekommen!

Was den Balkan und Ungarn angeht, wissen heute die Götter, welche Regelung Stalin die für ihn richtige scheint. Für Ungarn und Rumänien jedenfalls präsentieren die Moskauer Blätter nichts Besseres als für Finnland.

Die Gefahr eines militärischen Dammbruchs,

den wir als Vorbedingung für das offene Anmelden aller russischen Ansprüche bezeichnet haben, kündigt sich deutlicher als bisher an.

Im Norden haben die Armeen *Goworows* und *Meretzkwows* Luga erstürmt und die Verfolgung der zumeist entkommenen deutschen Divisionen längs der Linie nach *Pskow* aufgenommen. Wieviele Deutsche bis dahin umgekommen, wieviele sich noch im eroberten Gelände nördlich Lugas wehren, ist unbekannt. Die neue Einkesselungsgefahr zeichnet sich ab, seit der Westflügel *Goworows* die Ostküste des *Peipussees* gewonnen und sich am 15. Februar vom Norden her *Pskow* bis auf 35 km genähert hat. *Meretzkwows* Westflügel versucht die Flankierung des deutschen Rückzuges im Süden der Bahn.

In der Ukraine ist der deutsche Brückenkopf südlich von *Nikopol*, der für eine Offensive Richtung Krim und für die Herausschlagung der dort belagerten deutschen Armee vorbereitet wurde, von der Armee *Tolbuchin* erstürmt worden. *Nikopol* selbst fiel den Sturmtruppen *Malinowskis* in die Hände.

Im «Kessel von *Korsun*» nähert sich um den 15. Februar die Tragödie ihrem Ende, und sehr wenig Aussicht besteht für die Reste der 10 Divisionen, dass v. *Mansteins* Panzer in letzter Stunde nordwestlich von *Swinogorodka* durchbrechen und den Entsatz verwirklichen. Unterdessen fehlen diese Panzer auf der Linie *Winnitza-Lutzk*. Hier sind *Schepetowka* und *Dubno* gefallen, und eine neue Offensive mit direkter Südrichtung zielt auf die Unterbrechung der Linien, die von *Lemberg* nach Rumänien und *Podolien* führen. Moskau erwartet wichtige Ereignisse — darum seine verschärfte Sprache — wie gesagt!